

Inhalt

- 2 EnEV 2012:** Die Energiewende im Gebäudebereich droht ins Aus zu laufen – eine Verschärfung der Anforderungen zur Energieeinsparung führt zu sozialem Sprengstoff.
- 4 Führungsnachwuchs:** Bei der Julius-Brecht-Sommerakademie in Bochum hat der GdW die besten Immobilienökonominnen des Jahres 2011 ausgezeichnet.
- 5 Entwicklungshilfe:** Beim Benefiz-Pferderennen der DESWOS in Hannover konnte sich die Spendensumme für den Bau eines Mädchenwohnheims in Tansania sehen lassen.

Künstliche Verteuerung des Digitalfernsehens stoppen – Grundverschlüsselung abschaffen

Berlin – Gegen die Verteuerung des Digitalempfangs freier privater TV-Programme zu Lasten der Kunden wenden sich Mieterbund, Wohnungsunternehmen und der Verbraucherzentrale Bundesverband. Sie fordern Sender und Kabelnetzbetreiber auf, die Grundverschlüsselung als Hindernis für den Umstieg weiterer Verbraucher auf den digitalen Kabelempfang abzuschaffen. Diese Position unterstützen nun auch die Landesmedienanstalten.



Foto: istockphoto.com

Verbraucher müssen beim Umstieg von analogem auf digitalen Empfang einen extra Empfänger zur Entschlüsselung von privaten TV-Programmen nutzen und zusätzlich an den Netzbetreiber zahlen.

Teurer werden private Fernsehprogramme für Kunden beim Umstieg von analogem auf digitalen Empfang, weil die großen privaten Sender über einzelne Kabelnetzbetreiber über die so genannte Grundverschlüsselung zulangen: Verbraucher müssen nicht nur einen extra Empfänger zur Entschlüsselung der betreffenden Programme nutzen, sondern zahlen zusätzlich an den Netzbetreiber. Deshalb fordern der Deutsche Mieterbund (DMB), der GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen und der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) schon seit längerem, auf die Verschlüsselung frei

empfangbarer privater TV-Programme zu verzichten, die sich bereits aus der Werbung finanzieren. Nun hat sich auch die Kommission für Zulassung und Aufsicht der Medienanstalten (ZAK) der Landesmedienanstalten kürzlich im Interesse einer schnelleren Digitalisierung der kabelgebundenen Rundfunkversorgung dafür ausgesprochen, die Grundverschlüsselung aufzugeben.

Die zusätzlichen Kosten für die Entschlüsselung sind für die Kabelkunden oft schwer zu erkennen, weil sie zum Teil im Preis der

Weiter auf Seite 2 ➔

Aktuelle Meldungen

Berliner Senat beschließt Teil-Rückkauf der Wasserbetriebe

Der rot-schwarze Berliner Senat hat am 17. Juli 2012 beschlossen, den RWE-Anteil an den Berliner Wasserbetrieben zurückzukaufen. Kommt der Vertrag zustande, stockt das Land Berlin mit dem Geschäft über 618 Millionen Euro seinen Anteil – rückwirkend zum 1. Januar 2012 – von derzeit 50,1 Prozent auf 75,05 Prozent auf, wie die *Süddeutsche Zeitung* in ihrer Ausgabe vom 18. Juli 2012 berichtete. (wi)

Finanzierungsüberschuss bei Sozialversicherung

Die Sozialversicherung verzeichnete im ersten Quartal 2012 einen kassenmäßigen Finanzierungsüberschuss – in Abgrenzung der Finanzstatistik – von 0,8 Milliarden Euro. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, lag der Finanzierungsüberschuss der Sozialversicherung damit um 0,7 Milliarden Euro höher als im ersten Quartal 2011. (wi)

Mehr Männer in Pflegeberufen

Rund 54.200 Jugendliche haben im Herbst 2010 eine Berufsausbildung in einem Pflegeberuf begonnen. Wie das Statistische Bundesamt weiter mitteilte, steigt die Zahl der Männer in Pflegeberufen. 2010 waren von den neuen Auszubildenden 42.900 weiblich und 11.300 männlich. Gegenüber 2000 ist die Zahl der Ausbildungsanfänger und -anfängerinnen im Pflegebereich insgesamt um 32 Prozent gestiegen. Bei Frauen betrug der Anstieg 24 Prozent, bei Männern 74 Prozent. (wi)

➔ Fortsetzung von Seite 1

üblichen Digitalpakete verpackt sind. Darüber hinaus lässt die technische Realisierung einen Netzbetreiber und Programmanbieter auf Kundendaten zugreifen, die auch zu Werbezwecken missbraucht werden könnten. Nicht zuletzt stellen die Zusatzkosten für die Entschlüsselung privater werbefinanzierter TV-Programme ein wesentliches Hindernis auf dem Weg zu einem tatsächlich verbraucherfreundlichen Digitalumstieg im Kabel dar.

Das sagen die Vorstände und Präsidenten: „Es ist dreist, frei empfangbare TV-Pro-

gramme erst zu verschlüsseln, um dann für die Entschlüsselung Geld zu verlangen. Das ist moderne Wegelagererei“, erklärte Gerd Billen, Vorstand des Verbraucherzentrale Bundesverbandes (vzbv).

„Es ist höchste Zeit, durch die Aufhebung der Verschlüsselung von Free-TV-Programmen im Kabel die Ungleichbehandlung gegenüber dem freien Empfang dieser Sender über Satellit zu beenden. So können die freiwillige, verbraucherfreundliche Nutzung digitaler Programme im Kabel beschleunigt und auch Wohnungsunternehmen aktiv für einen Umstieg werben“, so Axel Gedaschko, Prä-

sident des GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen.

„Wichtig ist, dass Digital-TV bei Kabel nicht verschlüsseltes Bezahlfernsehen wird. Das muss sowohl für die bisher frei empfangbaren Analogangebote gelten als auch für Formate in HDTV“, sagte Lukas Siebenkotten, Direktor des Deutschen Mieterbundes (DMB). (burk/rop/dah) ■

➔ Das gemeinsame in 2010 veröffentlichte Positionspapier von DMB, GdW und vzbv „Voraussetzungen für ein verbraucherfreundliches Digitalfernsehen“ finden Sie unter www.gdw.de

Energiewende im Gebäudebereich droht ins Aus zu laufen – Verschärfung der Energiesparverordnung führt zu sozialem Sprengstoff

Berlin – „Die Energiewende kann nur gelingen, wenn Vermieter, Mieter und Bundesregierung an einem Strang ziehen“, erklärte Axel Gedaschko, Präsident des GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, zu Aussagen der Naturschutzverbände sowie zu Plänen des Bundesumweltministeriums, die Energieeinsparverordnung (EnEV) 2012 für Neubau und Bestand drastisch zu verschärfen. „Wenn bei der Energiewende im Gebäudebereich nicht die richtige Richtung eingeschlagen wird, landet sie direkt im Aus.“

Bundesumweltminister **Peter Altmaier** räumte unterdessen Fehler bei der Energiewende ein. So sprach er laut aktuellen Medienberichten von Prognosen zur Erreichbarkeit der Regierungsziele, die nicht eingehalten werden können. Altmaier warnte auch vor einer Kostenexplosion und davor, dass die Energiewende zu einem sozialen Problem werden könne. Die Bundesvereinigung Spitzenverbände der Immobilienwirtschaft (BSI) wies darauf hin, dass dies besonders für die Immobilienwirtschaft gilt.

„Drückt das BMU die bislang avisierten Verschärfungen bei der EnEV durch, wäre das tatsächlich sozialer Zündstoff. Das würde vor allem Mieter in starke finanzielle Bedrängnis bringen und könnte bei Selbstnutzern bis zum Zwangsverkauf der eigenen Immobilie führen. Dies käme einer Enteignung gleich“, erklärte **Walter Rasch**, Vorsitzender der BSI und Präsident des Bundesverbandes Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen (BFW). „Die BSI fordert stattdessen eine Politik mit Augenmaß, bei der die Wirtschaftlichkeit und die Sozialverträglichkeit maßgebliches Kriterium für investive Maßnahmen sein müssen. Das Bundesumweltministerium scheint bei seinen bisherigen Überlegungen zur EnEV Wirtschaftlichkeit und Sozialverträglichkeit völlig aus den Augen verloren zu haben“, so der BSI-Vorsitzende. „Solche Einschätzungen gehen weit an den gesamtgesellschaftlichen Realitäten vorbei und müssen umgehend korrigiert werden. Eine Verschärfung der EnEV ist für alle Akteure am Markt, ob Bauträger, Kommunen, Genossenschaf-

ten, Privateigentümer oder Mieter konträrktiv, unwirtschaftlich, unsozial und daher strikt abzulehnen.“

Neben einer Verschärfung der Anforderungen beim Primärenergiebedarf für Immobilien sollen auch die Nachrüstpflichten ausgeweitet werden. „Ein solcher Schritt würde zu einer erheblichen Steigerung von Baukosten führen und wäre eine massive Bremse für den in Ballungsräumen dringend notwendigen Wohnungsneubau. Sanierungszwänge und höhere Anforderungen im Bestand würden gleichzeitig zu erheblichen Mietpreissteigerungen führen. Die Bautätigkeit ist nach Jahren der Stagnation gerade erst wieder angesprungen, das BMU legt mit solchen Überlegungen bei voller Fahrt den Rückwärtsgang ein“, so Rasch.

Aus Sicht des GdW sind für den Erfolg der Energiewende im Gebäudebereich drei Punkte notwendig:

Keine Verschärfung der energetischen Standards mit der EnEV 2012

„Wenn die Anforderungen an die Sanierung oder den Neubau von Wohngebäuden mit der EnEV 2012 verschärft, zusätzliche neue Nachrüstpflichtungen geschaffen würden oder gar das Wirtschaftlichkeitsgebot in Frage gestellt würde, wäre die Energiewende im Gebäudebereich zum Scheitern verurteilt“, stellte GdW-Präsident **Axel Gedaschko** klar. Gerade die GdW-Unternehmen sind dafür bekannt, energetische Sanierungen sozial verträglich vorzunehmen. Sie tun schon heute das, was mög-

lich ist, und haben so bereits einen sehr hohen Sanierungsstandard erreicht. Wenn sie durch gesetzliche Maßnahmen generell gezwungen würden, noch höhere Energiestandards in den Wohngebäuden zu erreichen oder flächendeckend Komponenten wie Heizungspumpen oder Thermostatventile auszutauschen, würde das zwangsläufig auch für die Mieter teurer werden. „Dann sanieren wir uns den günstigen Wohnraum systematisch weg“, warnte der GdW-Chef. „Eines muss klar sein: Wer – wie derzeit in Forderungen der Umweltverbände zu lesen – meint, dass die Energiewende einerseits durch eine Verschärfung der Standards vorangetrieben werden soll und gleichzeitig davon spricht, dass die Gebäudesanierung den Mieter nichts kosten darf, argumentiert an der Realität vorbei“, so Gedaschko.

Referentenentwurf zur Mietrechtsreform zügig umsetzen

Die Bundesregierung hat die Mietrechtsreform in Angriff genommen, um einen Beitrag zum Klimaschutz im Gebäudebestand zu leisten. Der aktuelle Entwurf der Bundesregierung stellt daher einen praxis- und sachgerechten Versuch dar, dies umzusetzen. Nachbesserungen beim Energiecontracting sind allerdings notwendig. Eine derzeit gelegentlich diskutierte Absenkung der Modernisierungumlage auf neun statt der bisherigen 11 Prozent würde das Ziel des Gesetzes ins Gegenteil verkehren. „Ein solch negatives Zeichen an die Vermieter hätte fatale Auswirkungen auf deren

Weiter auf Seite 3 ➔

➔ Fortsetzung von Seite 2

Bereitschaft, in die Energiewende zu investieren“, so Gedaschko. Denn letztlich sind es die Wohnungsunternehmen und Privatvermieter, die in Vorleistung treten und das wirtschaftliche Risiko einer solchen Investition tragen.

Die Energiewende muss angemessen durch Förderung unterstützt werden

Derzeit stehen 1,5 Milliarden Euro für das Gebäudesanierungsprogramm der KfW Bankengruppe bereit. Es ist wichtig, dass diese Mittel, die über den Energie- und Klimafonds finanziert werden, auch langfristig bereitgestellt werden. Eigentlich müsste die Bundesregierung jedoch fünf Milliarden Euro zur Verfügung stellen, damit die Energiewende im Gebäudebereich finanziert werden kann. Ein weiteres Problem ist die steuerliche Absetzbarkeit der energetischen Sanierung, die immer noch im Vermittlungsausschuss festhängt. „Bund und Länder sind nun dringend gefordert, ihren Beitrag zur Energiewende zu leisten und das Gesetz endlich zu verabschieden“, so Gedaschko. (schilburk/vog) ■

Zahlen des GdW zeigen:

Trotz des hohen Standes der energetischen Modernisierung liegen die Kaltmieten bei den GdW- Unternehmen mit durchschnittlich 4,96 Euro pro Quadratmeter unter dem Bestandsmietendurchschnitt in Deutschland von 5,01 Euro pro Quadratmeter. Seit über zehn Jahren liegt die Entwicklung der Nettokaltmieten bundesweit unter der Inflationsrate. Die durchschnittlichen warmen Betriebskosten bei den GdW-Unternehmen betragen Ende 2011 1,08 Euro pro Quadratmeter monatlich. Sie sind seit 1995 um nur 24 Prozent gestiegen – während im gleichen Zeitraum die Energiekosten um 130 Prozent gestiegen sind.

„Dies ist das Ergebnis der hohen Investitionen der Wohnungsunternehmen in die energetische Verbesserung und der Aktivitäten zur Begrenzung der Betriebskosten“, so GdW-Präsident Axel Gedaschko. Und damit haben die GdW-Unternehmen bereits viel erreicht. Seit 1990 wurden rund 62 Prozent der Gebäude energetisch

modernisiert, mehr als die Hälfte davon komplett, das heißt inklusive Wärmedämmung. Die Sanierungsrate der GdW-Unternehmen für umfassende energetische Modernisierungen liegt derzeit etwa fünfmal so hoch, wie im Bundesdurchschnitt.

Aber: Um die Wohnungsbestände und Quartiere energieeffizient und sozialverträglich weiterentwickeln zu können, brauchen die Wohnungsunternehmen verlässliche Rahmenbedingungen. „Die derzeit geführten Diskussionen zu möglichst hohen Mindestanforderungen an die Energieeffizienz, genauso wie die Überlegungen des Umweltministeriums zur Erhöhung der Anforderungen und zu erheblichen Ausweitungen von Pflichten für Gebäudeeigentümer, gefährden die Umsetzung der Energiewende, anstatt zu nützen. Es sind Versuche, die vorhandenen Probleme planwirtschaftlich auf dem Rücken der Gebäudeeigentümer und Mieter zu lösen“, so Gedaschko. (burk) ■

Jeder Fünfte in Deutschland wohnt allein – Aktuelle Ergebnisse des Mikrozensus 2011

Berlin – Immer mehr Menschen in Deutschland leben allein in ihrer Wohnung. Im Jahr 2011 gab es in Deutschland 15,9 Millionen Alleinlebende, wie das Statistische Bundesamt in einer Auswertung des aktuellen Mikrozensus 2011 ermittelte. Bezogen auf die Gesamtbevölkerung waren damit 19,6 Prozent der Bevölkerung alleinlebend. Die Zahl der Alleinlebenden hat sich in den letzten 20 Jahren deutlich erhöht. So lebten im Jahr 1991 lediglich 14,4 Prozent der Bevölkerung allein. Wählt man alle 40 Millionen Haushalte in Deutschland als Vergleichsgröße, zählen sogar knapp über 40 Prozent zu den Einpersonenhaushalten.

Unter dem Begriff „Alleinlebende“ versteht das Statistische Bundesamt in der Definition des Mikrozensus dabei eine Person, die in ihrer Wohnung am Hauptwohnsitz allein lebt. Dabei unberücksichtigt bleibt, ob Alleinlebende in einer Partnerschaft leben oder nicht. Alleinlebende können also jenseits ihrer Wohnung einen festen Lebenspartner oder Lebenspartnerin haben, verheiratet sein oder eigene Kinder haben; sie wohnen lediglich allein. So waren 2011 etwa 60 Prozent der alleinlebenden Männer im mittleren Alter (35 bis 64 Jahren) echte „Junggesellen“, die noch nie verheiratet waren. Bei den alleinlebenden Frauen derselben Altersgruppe traf dies nur bei 42 Prozent zu. Rund 8,5 Prozent der Alleinlebenden sind verheiratet, leben aber in getrennten Wohnungen und weitere 40 Prozent sind von ihrem einstigen Lebenspartner geschieden oder verwitwet.

Immer mehr Menschen leben allein

Die Lebensform des Alleinlebens hat in den

vergangenen 20 Jahren deutlich zugenommen. Gegenüber 1991 gibt es heute 4,5 Millionen Alleinlebende mehr. Dies entspricht einer Steigerung um 40 Prozent. Unterschiede gibt es zwischen Ost- und Westdeutschland. In den neuen Ländern stieg die Zahl der Einpersonenhaushalte seit dem Jahr der deutschen Wiedervereinigung besonders stark um 57 Prozent. In den alten Ländern betrug der Zuwachs dagegen lediglich 35 Prozent. Die Zunahme des Alleinlebens betrifft Junge wie Alte. In fast allen Altersgruppen erfreut sich das Alleinleben heute eines größeren Zuspruchs als noch vor 20 Jahren. Besonders stark wuchs die Zahl alleinlebender Männer im mittleren Alter. Hier verdoppelte sich die Alleinlebendenquote von 10,8 Prozent im Jahr 1991 auf 21,8 Prozent im Jahr 2011. Eine gegenläufige Tendenz zeigt allein die Alleinlebendenquote von Frauen über 65 Jahren. Sie ist innerhalb der letzten 20 Jahre um 10 Prozentpunkte auf 44,6 Prozent gesunken. Hier spielt vor allem eine Rolle, dass die Generation von Frauen,

die ihren Mann im zweiten Weltkrieg verloren hat, in den vergangenen zwei Jahrzehnten selbst verstorben ist.

Alleinlebende Frauen häufiger in Führungspositionen

Interessant im Vergleich der Geschlechter sind zudem die Unterschiede im Bildungsniveau sowie im beruflichen Erfolg. Alleinlebende Frauen sind seltener teilzeitbeschäftigt und häufiger Führungskräfte als nicht alleinlebende Frauen. Zudem verfügen alleinlebende Frauen im Mittel über einen höheren Bildungsabschluss als nicht alleinlebende Frauen. Bei den Männern zeigt sich bis ein genau umgekehrtes Bild. Alleinlebende Männer sind schlechter gebildet als nicht alleinlebende Männer und erreichen deutlich seltener eine Führungsposition als ihre nicht alleinlebenden Geschlechtsgenossen.

Alleinleben ist ein Großstadtphänomen

Mit der Größe einer Stadt nimmt auch die

Weiter auf Seite 4 ➔

Fortsetzung von Seite 3

Tendenz zu, allein zu wohnen. In den Großstädten mit mehr als 500.000 Einwohnern waren im Jahr 2011 knapp 29 Prozent der Bevölkerung Alleinlebende. Dieser Anteil liegt deutlich über dem Bundesdurchschnitt (20 Prozent). In Orten mit weniger als 5.000 Einwohnern wohnte dagegen nur 14 Prozent der Bevölkerung allein. Unter den 15 Städten mit über 500.000 Einwohnern in Deutschland hat Hannover im Jahr 2011 mit 33 Prozent den höchsten Anteil Alleinlebender, dicht gefolgt von Berlin und Leipzig mit jeweils 31 Prozent. Die niedrigste Alleinlebendenquote unter den 15 großen Metropolen hat dagegen Duisburg mit rund 22 Prozent.

Alleinlebende sind in der Regel Mieter

Aus den Daten des Mikrozensus lassen sich auch einige Angaben zur Wohnsituation von Alleinlebenden ermitteln. Dazu muss allerdings die Befragung aus dem Jahr 2010 herangezogen werden, da als Zusatzmodul zum Mikrozensus nur alle vier Jahre Fragen zur Wohnsituation gestellt werden. Alleinlebende wohnen demnach deutlich häufiger zur Miete als größere Haushalte. 2010 lag der Mieteranteil bei den Einpersonenhaushalten bei 72 Prozent. Mehr als zwei Drittel (68 Prozent) der Einpersonenhaushalte lebten als sogenannter Hauptmieter in der Wohnung. Zur Untermiete wohnt in Deutschland nur eine kleine Minderheit der Bevölkerung. Allerdings fällt auf, dass dieser Anteil bei den Einpersonenhaushalten mit knapp fünf Prozent fast fünfmal höher ist als bei den Zweipersonenhaushalten oder den Haushalten mit mindestens drei Personen (jeweils circa ein Prozent).

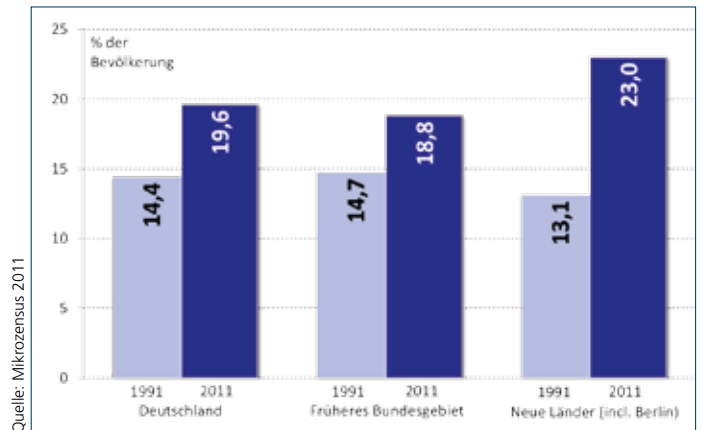
Rund 28 Prozent der Alleinlebenden wohnten im Jahr 2010 als Eigentümer in ihrer Wohnung. Die Eigentümerquote der Alleinlebenden war damit deutlich niedriger als bei den größeren Haushalten: In Zweipersonenhaushalten lebte in mehr als der Hälfte der Fälle (52 Prozent) in der eigenen Wohnung. Bei den Haushalten mit drei oder mehr Personen lag die Eigentümerquote bei 59 Prozent.

Da die Wohnfläche pro Kopf mit der Größe eines Haushaltes tendenziell abnimmt, verfügen Alleinlebende im Mittel über eine überdurchschnittliche Wohnflächenausstattung. Standen jedem Einwohner in Deutschland im Schnitt 45 Quadratmeter zur Verfügung, so verfügten die Alleinlebenden über rund 70 Quadratmeter. Im Westen Deutschlands standen den Alleinlebenden sogar 72 Quadratmeter zur Verfügung, während es in den neuen Bundesländern nur 61 Quadratmeter waren.

Die durchschnittliche Bruttokaltmiete eines Einpersonenhaushalts (Hauptmieter) betrug 2010 in Deutschland monatlich rund 370 Euro. Die Mietbelastung der Einpersonenhaushalte, das heißt der Anteil der Bruttokaltmiete am verfügbaren Haushaltsnettoeinkommen, lag durchschnittlich bei 26 Prozent. Damit hatten die Alleinlebenden eine höhere Mietbelastung als größere Haushalte: Die Mietbelastungsquote der Zweipersonenhaushalte betrug rund 20 Prozent, die der Haushalte mit mindestens drei Personen knapp 21 Prozent.

Wohngemeinschaften sind eine Alternative zum Alleinleben

Neben den 15,9 Millionen Alleinlebenden gab es im Jahr 2011 in Deutschland noch weitere 1,7 Millionen Personen, die ohne Partner und ohne eigene Kinder lebten – sich ihre Wohnung jedoch mit anderen Personen teilten, also in Wohngemeinschaften lebten. Hier fällt vor allem auf, dass im späteren Lebensalter das Zusammenleben mit verwandten Personen in der gleichen Wohnung



Der Anteil der Alleinlebenden an der Bevölkerung in Deutschland steigt.

an Bedeutung gewinnt. Unter den 424.000 Wohngemeinschaften von Personen, die 65 Jahre oder älter waren, bewohnten 85 Prozent den Haushalte mit Verwandten (die nicht ihre Kinder sind). Über alle Altersgruppen hinweg ist das Zusammenleben von Alleinstehenden mit Verwandten heute allerdings seltener als vor noch vor 15 Jahren.

Zahl der Alleinlebenden wird weiter wachsen

Die Zahl der Alleinlebenden wird voraussichtlich auch weiter steigen. Nach den Ergebnissen der Haushaltsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes, welche die aktuell beobachtbaren Entwicklungen fortzuschreiben, wird der Anteil der Alleinlebenden im Jahr 2030 voraussichtlich bei 23 Prozent der Bevölkerung Deutschlands liegen. Trennungen und Scheidungen werden aller Voraussicht nach auch zukünftig nicht abnehmen. Vor allem im höheren Lebensalter ist zu vermuten, dass die Neigung, noch einmal etwas Neues ohne den langjährigen Partner zu beginnen, eher zunehmen wird. Das Familienmodell der Ehe ist in der zukünftigen Altengeneration nämlich nicht mehr so stark verankert wie bei der heutigen. Dies eröffnet Möglichkeiten für neue Lebensformen im hohen Alter wie etwa Wohngemeinschaften Älterer oder Mehrgenerationenhäuser.

(schra) ■

Sommerakademie für den Führungsnachwuchs der Wohnungswirtschaft: GdW zeichnet die besten Immobilien-Ökonomen 2011 aus

Berlin – Axel Gedaschko, Präsident des GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, hat am 13. Juli 2012 anlässlich der Julius-Brecht-Sommerakademie in Bochum die besten Immobilienökonominnen des Jahres 2011 ausgezeichnet. „Ich gratuliere den vier Preisträgern zu ihren hervorragenden Gesamtleistungen“, so Gedaschko. Er unterstrich darüber hinaus, dass jeder der Preisträger über eine der bestehenden Ausbildungsakademien für den Preis gemeldet wurde. „Das zeigt das durchgängig hohe Niveau der wohnungswirtschaftlichen Ausbildung und untermauert das hervorragende Angebot an Fort- und Weiterbildung“, lobte der GdW-Chef.

Die Bedeutung der Aus-, Fort- und Weiterbildung für die Wohnungs- und Immo-

bilienwirtschaft unterstrich auch Klaus Leuchtmann, Vorstandsvorsitzender des

EBZ – Europäisches Bildungszentrum der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft, und

➔ Fortsetzung von Seite 4

gemeinsam mit dem GdW Veranstalter der Sommerakademie: „Qualifizierte und motivierte Mitarbeiter sind entscheidende Erfolgsfaktoren für die Unternehmen. Aus- und Weiterbildung sind deshalb nicht Kosten, sondern wichtige Zukunftsinvestitionen.“ Die Sommerakademie hat sich zum Ziel gesetzt, Nachwuchsführungskräfte der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft auf die Zukunft vorzubereiten. „Wir freuen uns sehr, dass nun bereits zum achten Mal viele junge Führungsnachwuchskräfte aus der Immobilienwirtschaft hier beim EBZ



Foto: Bauverlag

GdW-Präsident Axel Gedaschko und der EBZ-Vorstandsvorsitzende Klaus Leuchtmann (v. l.)

spannende und aktuelle Vorträge hören und darüber diskutieren, in Workshops arbeiten und ihre Erfahrungen austauschen können“, ergänzte Axel Gedaschko. Im Mittelpunkt der dreitägigen Veranstaltung stehen in diesem Jahr die Themen Wohnen im Alter, Energieeffizienz und Wirtschaftlichkeit sowie Immobilienfinanzierung.

(burk/schi) ■

➔ Eine Liste der Preisträger sowie der Titel ihrer Studienarbeiten finden Sie unter www.gdw.de im Pressecenter

ENTWICKLUNGSHILFE

Audi Ascot-Renntag in Hannover bringt vollen Erfolg für DESWOS-Wohnprojekt – 14.500 Euro für Mädchenheim in Tansania

Hannover – Beim diesjährigen Benefiz-Pferderennen der DESWOS Deutsche Entwicklungshilfe für soziales Wohnungs- und Siedlungswesen am 15. Juli 2012 in Hannover sammelten der Finanzdienstleister Dr. Klein und die Let's-Dance-Jurorin Motsi Mabuse Spenden für den Bau eines Mädchenwohnheims für Straßenkinder in Tansania. Zu den ersten Unterstützern des Projektes zählten neben Mabuse auch Jockeys und Gäste – darunter viele weitere Prominente.

Das Aufgebot an bekannten Gesichtern aus TV und Presse, die beim DESWOS-Rennen ebenso wie bei den übrigen Wettkämpfen mitfieberten, konnte sich sehen lassen: Tagesschau-Sprecherin Judith Rakers, Pro-Sieben Moderator Stefan Gödde und die Latino-Pop-Band „Hot Banditoz“ waren ebenso mit von der Partie wie Comedian Oliver Pocher – täuschend echt in der Rolle des „Germany's Next Topmodel“-Juror Bruce Darnell. Bei strahlendem Wetter kamen Sport, Spaß – und vor allem die erhofften Spenden für das Mädchenwohnheim in Tansania – nicht zu kurz.



Promi-Aufgebot: Die Latino-Pop-Band „Hot Banditoz“ (1.-3. v. l.), RTL Let's Dance-Jurorin und DESWOS-Spendensammlerin Motsi Mabuse, Dr. Klein-Vorstand und DESWOS-Spender Hans Peter Trampe, Comedian Oliver Pocher, Tagesschau-Sprecherin Judith Rakers und Pro-Sieben-Moderator Stefan Gödde (v. l.).

„Die heute erzielte Spendensumme für die DESWOS kann sich sehen lassen und kommt einem tollen Projekt zugute, mit dem wir große Not lindern können“,

erklärte **Axel Gedaschko**, Präsident des GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen und Verwaltungsratsvorsitzender der DESWOS, die von den im GdW organisierten Regionalverbänden und deren Mitgliedsunternehmen getragen wird. „Die große Spendenbereitschaft zeugt davon, dass das Projekt Mädchenwohnheim der DESWOS von hoher Notwendigkeit und für alle Unterstützer eine Herzensangelegenheit ist.“

„Mit den rund 4.500 Euro, die auf dem Rennen gespendet wurden, sind wir dem Bau des Mädchenwohnheims in Tansania einen Riesenschritt näher gekommen“, freute sich **Hans Peter Trampe**, Vorstand der Dr. Klein & Co. AG. „Das Engagement aller Beteiligten hat uns so begeistert, dass wir 10.000 Euro dazugeben.“ Im Galopp füllte sich die Spendenbox beim diesjährigen Audi Ascot-Renntag. Gemeinsam folgten die geladenen Gäste den Aufforderungen des Dr.-Klein-Vorstands und Motsi Mabuse, der Tänzerin und Wertungsrichterin für Standard- und Lateinamerikanische Tänze, und unterstützten das Hilfsprojekt für Straßenmädchen in Tansania.

Die DESWOS Deutsche Entwicklungshilfe



Hans Peter Trampe, Vorstand Dr. Klein & Co. AG, Motsi Mabuse, Tänzerin und Wertungsrichterin für Standard- und Lateinamerikanische Tänze, und Werner Wilkens, Geschäftsführer der DESWOS Deutsche Entwicklungshilfe für soziales Wohnungs- und Siedlungswesen, (v. l.) am DESWOS-Stand.

für soziales Wohnungs- und Siedlungswesen errichtet für Mädchen in Tansania ein Wohnheim, in dem sie vor Ausbeutung und Kinderhandel geschützt werden. Dr. Klein unterstützt die DESWOS bereits seit mehreren Jahren gemeinsam mit Mitarbeitern und Kunden.

(gom/schi) ■

➔ Weitere Infos finden Sie auf www.deswos.de sowie einen Film und die Tagebuchaufzeichnungen von Hans Peter Trampe mit Details eines weiteren DESWOS-Projektes in Tansania auf www.drklein.de/hilfsprojekt-deswos. Mehr zum Projekt Mädchenwohnheim in Tansania erfahren Sie in der nächsten Ausgabe der wi.

Energiewende und Wohnungspolitik: Wo ist der Plan? – Wohnungspolitisches Forum von vdw Sachsen und VSWG

Radebeul – Beim „Wohnungspolitischen Forum“, das der Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft (vdw Sachsen) und der Verband Sächsischer Wohnungsgenossenschaften (VSWG) anlässlich des gemeinsamen Verbandstages Anfang Juli 2012 in Radebeul ausrichteten, haben sich Vertreter aus Politik, Finanzwirtschaft und Wohnungswirtschaft Chancen und Risiken der Energiewende diskutiert. Die Akteure vermissen ein abgestimmtes Konzept der Politik und sprachen sich daher für ganzheitliche, nachhaltige und abgestimmte Konzepte der Politik zum Erreichen der Ziele der Energiewende in der Wohnungswirtschaft aus.

„Wir müssen 15 bis 20 Jahre planen und daher halbwegs wissen, wo es hin geht“, mahnte der Direktor des vdw Sachsen, **Siegfried Schneider**, eine bessere Abstimmung von Zielen und Fördermaßnahmen zwischen allen politischen Ebenen an. „Wenn jeder nur für sich darüber redet, etwas Nachhaltiges zu tun, wird noch kein gemeinsames Konzept daraus.“ VSWG-Vorstand Dr. **Axel Viehweger** betonte, dass sinnvolle Investitionen eine langfristige Planungssicherheit voraussetzen: „Wenn wir Geld in die Hand nehmen, brauchen wir viel Zeit, um das refinanzieren zu können.“ Absolute Einigkeit herrscht zwischen den Verbänden, dass ein Gesamtkonzept der Politik weit und breit nicht in Sicht ist.

„Wofür sollen wir Geld ausgeben?“, fragte im Podium **Stefan Weber**, Vorstandsvorsitzender der Sächsischen Aufbaubank (SAB) und machte das Dilemma deutlich: „Ich kann nirgends erkennen, dass irgendjemand einen Plan hätte – ähnlich wie damals in der Krise Ende der 1990er Jahre mit dem Leerstand im Stadtumbau. Es ist genau wieder die gleiche Situation.“ **Axel Gedaschko**, Präsident des GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, sieht das Problem vor allem darin, dass die Energiewende zu überstürzt angegangen wurde: „Wir haben nichts anderes vor, als unser komplettes System umzustellen. Wenn man so etwas will, dann ist es gut, am Anfang erst einmal nachzudenken und sich auch Zeit für diesen Prozess zu nehmen.“ Es mangle vor allem noch an Erkenntnissen, wie die Wohnungswirtschaft Klimaschutz und Energiewende am effektivsten unterstützen kann. „Darum fordern wir von der Politik, massiv Forschung in Gang zu setzen.“ Dass es an Wissen in diesem Bereich noch fehlt, musste auch **Ulrich Beyer**, Abteilungsleiter für Stadtentwicklung, Bau und Wohnungswesen im Sächsischen Staatsministerium des Innern, zugeben. „Hier wissen wir an vielen Stellen nur, dass wir noch zu wenig wissen. Wir stehen an vielen Stellen sehr am Anfang.“

Die Zielvorgaben für energetische Sanierungen wurden in diesem Zusammenhang kritisch hinterfragt. Dabei stand vor allem die

geplante erneute Verschärfung der Energieeinsparverordnung (EnEV) im Mittelpunkt. GdW-Präsident **Axel Gedaschko** sprach von einem regelrechten Klimaschutzwettbewerb zwischen den Fraktionen im Bundestag. „Da zeigt sich, wie extrem eindimensional dort gedacht wird.“ Die Entwicklung bei den Fördermitteln trage den steigenden Anforderungen jedoch keinesfalls Rechnung – eine Kritik, die auch **Ulrich Beyer** vom Sächsischen Innenministerium verstehen kann: „Es macht keinen Sinn, Anforderungen hochzuschrauben und gleichzeitig öffentliche Mittel, um das Ziel über Anreizsysteme zu erreichen, nicht zur Verfügung stellen zu können.“ In Bezug auf die EnEV 2012 sieht er nach Bekanntwerden eines ersten Entwurfs momentan „das Signal, jetzt nicht in der Geschwindigkeit, in der die früheren EnEVs waren, weiterzumachen, weil das alle Beteiligten schlicht überfordern würde.“ Der Freistaat wehre sich zudem dagegen, im Wohnungsbestand mit Pflichten zu arbeiten, sondern setze auf Anreizsysteme. „Die einzigen, die von einem Zwang begeistert wären, wäre die Baubranche, weil die Preise dann explodieren, wenn bis zu einem bestimmten Datum ein gewisser Standard erreicht sein muss.“ Für das auf europäischer Ebene zeitweise diskutierte Sanierungsziel von drei Prozent für öffentliche Gebäude zeigte er keinerlei Verständnis und gab sich kämpferisch: „Wenn man nicht hart dagegen hält, könnten solche schrägen Ideen am Ende noch Wirklichkeit werden.“ **Stefan Weber**, Vorstandsvorsitzender der Sächsischen Aufbaubank (SAB), plädierte dafür, Fördergelder dort zielgerichtet einzusetzen, wo wirklich etwas getan werden muss. „Wenn die Förderung zu viel Anreiz und zu wenig Unterstützung ist, dann ersetzt die Anreizwirkung die unternehmerische Entscheidung. Ich will die Debatte über die Sinnhaftigkeit, über den Zweck. Dann kann ich auch mit dem Risiko leben, dass wir nicht wissen, wie in 40 Jahren die



Foto: Kirsten Lassig
Podiumsdiskussion beim Wohnungspolitischen Forum in Radebeul.

Gebäude, die Bewohner, die Politik und die wirtschaftliche Lage aussehen.“

Im Rahmen des „Wohnungspolitischen Forums“ hielt auch der Sächsische Innenminister **Markus Ulbig** (CDU) einen Vortrag. Er lobte den stabilen Wohnungsmarkt im Freistaat. „Die Sachsen leben und arbeiten gern in ihren Städten.“ Um dies zu erhalten und gleichzeitig die Klimaziele zu erfüllen, seien auch weiterhin starke Anstrengungen nötig. „Aber wir wollen das mit Augenmaß und die Eigentümer müssen entsprechend unterstützt werden.“ In diesem Jahr stünden vom Freistaat 28 Millionen Euro für energetische Sanierungen von Wohngebäuden zur Verfügung. In diesem Zusammenhang betonte Ulbig die Bedeutung steuerlicher Anreize: „Ich setze mich auch weiter intensiv dafür ein, dass die steuerliche Förderung für energetische Sanierungen kommt.“ Im Hinblick auf die Diskussionsmittel des Bundes mahnte der Minister eine baldige Lösung seitens des Bundes an: „Für eine Fortführung der Alt-schuldenhilfe in gleicher Höhe besteht politisch kein Markt mehr. Deswegen müssen wir versuchen, im Umfeld insgesamt vernünftige Rahmenbedingungen zu finden, die Finanzierungsbasis für die Aktivitäten sein können.“ Eine besondere Bedeutung im Stadtumbau komme nach wie vor dem Rückbau zu. Das Landesrückbauprogramm stelle in diesem Jahr eine Million Euro bereit, die Nachfrage sei fünfmal so groß. Zur Schaffung von mehr barrierefreien Wohnungen kündigte Ulbig zudem für das kommende Jahr Neuerungen in der Richtlinie Mehrgenerationenwohnen an.

(wies/jak/schi) ■

Aktuelles Mietrecht

21. August 2012, Rostock

Fast täglich berichten die Zeitungen über neue Urteile des Bundesgerichtshofes zum Mietrecht. Deshalb gilt es, die höchstrichterlichen Entscheidungen zu kennen, um entsprechend reagieren und handeln zu können. Die aktuelle Mietrechtsprechung mit ihren Auswirkungen insbesondere im Bereich der Schönheitsreparaturen wird in diesem Seminar dargestellt und erörtert.

Mehr Infos: VNW, Andrea Schwoch, Telefon: 040/52011224, E-Mail: schwoch@vnw.de, Internet: www.vnw.de/veranstaltungen

Sicher starten in den Beruf

29. August 2012, Hannover

Im Büroalltag lauern oft Fallen und Fettnäpfchen, wenn man neu vor Ort und in vielen Fragen noch unsicher ist, wie man zu reagieren hat, wen man zu fragen und was von einem in dieser Situation erwartet wird. In diesem Seminar üben die Teilnehmer einfache Spielregeln aus dem Büroalltag, um ihren ersten Eindruck positiv zu gestalten, Fettnäpfchen zu vermeiden und selbstsicher aufzutreten.

Weitere Infos: vdw Niedersachsen Bremen, Annegret Dettmer, Telefon: 0511/1265125, E-Mail: a.dettmer@vdw-online.de

Bautechnische Grundlagen für Kaufleute

3. September 2012, Bochum

Wenn Kaufleute auch technische Grundkenntnisse haben, verkürzt das Prozesse, vermeidet teure Missverständnisse, erleichtert Abstimmungen und ganz grundsätzlich die Arbeit. Für das Unternehmen bedeutet das eine Effizienzsteigerung, durch die sich die Teilnahme an diesem Seminar in kürzester Zeit doppelt und dreifach auszahlt.

Weitere Infos: EBZ, Carolin Scholz, Telefon: 0234/9447577, E-Mail: c.scholz@e-b-z.de, Internet: www.e-b-z.de

PERSÖNLICHES

Rolf Kalleicher, Vorstandsmitglied der Braunschweiger Baugenossenschaft eG, feierte am 14. Juli 2012 seinen 60. Geburtstag. Er ist stellvertretender Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft der Wohnungsgenossenschaften, Mitglied in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Wohnungsgenossenschaften mit Spareinrichtung sowie Vertreter der Bundesarbeitsgemeinschaft der Wohnungsgenossenschaften im GdW Verbandsrat.

Am 15. Juli 2012 vollendete **Stefan Könner**,

Geschäftsführer der GSG Oldenburg Bau- und Wohngesellschaft mbH, sein 55. Lebensjahr. Er ist Delegierter zum GdW Verbandstag sowie stellvertretender Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft öffentlicher Wohnungsunternehmen des Bundes und der Länder.

Hans Schott, Vorstandsmitglied der Wohnungsbaugenossenschaft Wilhelmsruh eG, feierte am 18. Juli 2012 seinen 60. Geburtstag. Er ist Delegierter zum GdW Verbandstag.

Anzeige

DR. KLEIN
DIE PARTNER FÜR IHRE FINANZEN

Konditionen am 17.07.2012 für wohnungswirtschaftliche Finanzierungen:

Zinsbindung	Sollzins	effektiv
5 Jahre	1,73%	1,74%
10 Jahre	2,44%	2,47%
15 Jahre	2,90%	2,94%

Bedingungen: Erststellige Grundschuld auf wohnungswirtschaftlichen Objekten
Beleihungsauslauf 60%
Darlehensbetrag: > 250 TEUR/Objekt
Auszahlung: 100%, Tilgung: 1% p. a.
3 Monate bereitstellungszinsfrei
keine Gutachterkosten oder Bearbeitungsgebühren

Zurückliegende Veröffentlichungen zur Zinsentwicklung finden Sie unter www.drklein.de/newsletterarchiv-firmenkunden.html
Quelle: Dr. Klein & Co. AG, Hansestraße 14, 23558 Lübeck, Tel. (0451) 1408-1200, www.drklein.de

Zinsentwicklung bis 17.07.2012
Bestkundenkonditionen (Sollzins) der Partner von Dr. Klein

6 Monate

15 Jahre

10 Jahre

5 Jahre

Januar 12 Februar 12 April 12 Mai 12 Juli 12

IMPRESSUM**wi Wohnungspolitische Informationen**

Herausgeber:
GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V.

Chefredakteurin:
Katharina Burkardt

Redaktion:
Klaus Schrader, Andreas Schichel

Anschrift der Redaktion:
Mecklenburgische Straße 57
14197 Berlin
Tel. 030 82403-151
Fax 030 82403-159
E-Mail: redaktion@wi-aktuell.de

Verlag:
Haufe-Lexware GmbH & Co. KG
Munzinger Straße 9
79111 Freiburg

Standort Hamburg
Tangstedter Landstraße 83
22415 Hamburg
Tel. 040 520103-0
Fax 040 520103-12

Aboverwaltung:
Tel. 0180 5050169*
Fax 0180 5050441*
E-Mail: Zeitschriften@haufe.de
*0,14 €/Min. aus dem deutschen Festnetz,
max. 0,42 €/Min. mobil. Ein Service von dtms.

Druck: Dobler-Druck, Alfeld

Bezugspreis jährlich:
107 Euro inkl. 7 % MwSt. inkl. Versand
Erscheinungsweise wöchentlich, Abbestellungs-
kündigungen sind schriftlich mit einer Frist von
6 Wochen zum Quartalsende möglich.

© by Haufe-Lexware GmbH & Co. KG
Nur Originalbeiträge. Für unverlangt einge-
sandte Manuskripte übernehmen wir keine
Haftung. Nachdruck oder elektronische Wei-
terverarbeitung von Beiträgen und Nachrichten
oder Teilen daraus nur nach schriftlicher
Genehmigung durch den Verlag gestattet.

ISSN 1610-2207

wi Online-Archiv

Die Web-Präsenz der **wi** ist umgezogen.
Sie finden sie unter www.haufe.de/immobilien in der Fußzeile „Zeitschriften“.

Bei Problemen mit der Anmeldung hilft das
Haufe-Service-Center unter **0800-7234249**
(kostenlos) gern weiter.

Sommertour 2012 des GdW-Präsidenten: Wie wohnt Deutschland? – Teil 2

Nach Hannover, Bremen, Stade und Radebeul stand Querfurt auf dem Reiseplan von GdW-Präsident Axel Gedaschko bei seiner diesjährigen Sommertour zu den Unternehmen und Verbänden der Wohnungswirtschaft in den deutschen Regionen. Vor Ort in den Stadtquartieren macht sich der Verbandschef ein Bild von der Wohn- und Lebenssituation der rund 13 Millionen Menschen, denen die im GdW und seinen

Regionalverbänden organisierten Wohnungsunternehmen mehr als nur ein Dach über dem Kopf bieten. Hier einige Eindrücke aus Querfurt.



Der Querfurter Bürgermeister Peter Kunert, Jörg Kamprad, Geschäftsführer der Biogas Querfurt GmbH & Co. KG, GdW-Präsident Axel Gedaschko, Jost Riecke, Verbandsdirektor des Verbands der Wohnungswirtschaft Sachsen-Anhalt, und Hans-Ekkehardt Tutschka, Geschäftsführer der Wohnungsbaugesellschaft Querfurt, (v. l.) vor dem Querfurter Rathaus.



Fotos: vdw/vdwg Sachsen-Anhalt

Hans-Ekkehardt Tutschka, Jörg Kamprad, Axel Gedaschko (v. l.) und Jost Riecke (r.) mit einem Mitarbeiter des Heizhauses Querfurt im dortigen Technikraum.

Links: Hans-Ekkehardt Tutschka, Geschäftsführer der Wohnungsbaugesellschaft Querfurt, und GdW-Chef Axel Gedaschko (v. l.) im Gespräch.

Recht so

BGH zum Verschulden des Mieters bei Nichtzahlung der Miete

Der Bundesgerichtshof (BGH) hat mit Urteil vom 11. Juli 2012 (Az.: VIII ZR 138/11) eine Klarstellung zum Verschulden des Mieters bei Nichtzahlung der Miete geschaffen. In dem der Entscheidung zugrunde liegenden Sachverhalt hat der Mieter die Miete wegen eines Mangels – einer Schimmelpilzbildung im Wohnbereich – einbehalten. Die Ursache des Mangels war allerdings nicht vom Vermieter zu vertreten, sondern lag im Wohnverhalten des Mieters. Die daraufhin erfolgte Kündigung wegen Nichtzahlung der Miete erklärte der BGH für rechtmäßig.

EXPERTENMEINUNG von Axel Gedaschko Präsident des GdW

„Das Urteil verteilt die Verantwortlichkeiten bei Nichtzahlung der Miete interessengerecht. Wer seine Miete über einen längeren Zeitraum nicht zahlt, muss sich Gewissheit über die Ursache eines Mangels der Wohnung verschaffen oder die Miete unter Vorbehalt zahlen. Es ist zu leicht, den Grund für einen Mangel ungeprüft beim Vermieter zu vermuten und die Miete nicht zu zahlen. Im konkreten Fall hätte der beklagte Mieter angesichts von Zweifeln über die Ursache des Mangels die Miete unter Vorbehalt zahlen können – darauf hat der BGH zurecht hingewiesen. Bis zu einer gerichtlichen Klärung wäre der Mieter so dem Risiko einer fristlosen Kündigung nicht ausgesetzt gewesen. Das Urteil folgt letztlich der Logik einer langjährigen Rechtsprechung des BGH, wonach jede Mietpartei die in ihrem Verantwortungsbereich liegenden Ursachen ausräumen muss.“



Foto: Sebastian Schobbert

ZAHL DER WOCHE

49

Prozent der Menschen in Deutschland lebten 2011 in einer Familie, also als Ehepaar, als Lebensgemeinschaft oder als alleinerziehender Elternteil mit mindestens einem Kind zusammen. Wie Daten aus dem Mikrozensus 2011 des Statistischen Bundesamtes weiter zeigen, lebten weitere 29 Prozent der Bevölkerung in einer Paargemeinschaft, das heißt als Ehepaar oder als gemischt- oder gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaft in einem gemeinsamen Haushalt, aber zum Zeitpunkt der Befragung ohne Kinder. In einem Mehrpersonenhaushalt, aber ohne eigene Kinder und ohne Lebenspartner/-in, wohnten rund zwei Prozent der Bevölkerung. Weitere 20 Prozent der Bevölkerung in Deutschland leben allein in ihrer Wohnung. Im Zeitvergleich ist der Anteil der in Familien lebenden Personen deutlich zurückgegangen: 1996 lebten noch 57 Prozent der Bevölkerung Deutschlands in Familien. 2011 waren es acht Prozentpunkte weniger. Dagegen stiegen im gleichen Zeitraum der Anteil der in Paargemeinschaften ohne Kinder lebenden Bevölkerung (+ drei Prozentpunkte) und der Anteil der Alleinlebenden (+ vier Prozentpunkte) an.